



PRESSEMITTEILUNG

Nr.241/GP

18.12.2019

Huml stärkt pflegerische Versorgung und Beratung im ländlichen Raum - Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin: Zum 1. Januar 2020 starten die Modellprojekte "Gemeindeschwestern Teuschnitz" und "Gemeindeschwestern Oberer Frankenwald" mit staatlicher Förderung von knapp 436.000 Euro

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml treibt die pflegerische Versorgung und Beratung in Bayern voran. Huml betonte am Mittwoch: "Mein Ziel ist, dass möglichst viele ältere Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung wohnen bleiben können. Dafür braucht es tragfähige Konzepte in den Kommunen vor Ort. Beispiele dafür sind das Modellprojekt 'Flexible Altenhilfe - Gemeindeschwestern Teuschnitz' sowie das Modellprojekt 'Gemeindeschwester Oberer Frankenwald'. Für beide Projekte stellt das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium in den nächsten zwei Jahren insgesamt knapp 436.000 Euro zur Verfügung."

Die Ministerin unterstrich: "Die Gemeindeschwestern in Teuschnitz werden Ansprechpartnerinnen für Pflegebedürftige, ältere Menschen und deren Angehörige sein. Sie leisten organisatorisch Unterstützung sowie Beratung mit einem Schwerpunkt auf die pflegerische Versorgung. Von der wissenschaftlichen Begleitung erhoffen wir uns unter anderem Erkenntnisse darüber, ob solche Konzepte nicht nur regional und zeitlich begrenzt, sondern auch flächendeckend und auf Dauer umgesetzt werden können."

Das Projekt "Flexible Altenhilfe - Gemeindeschwestern Teuschnitz" ist Teil des Konzepts "In der Heimat wohnen" des Caritasverbands für den Landkreis Kronach e.V. Heimischen Seniorinnen und Senioren sowie Pflegebedürftigen soll damit ermöglicht werden, ihren Lebensabend sicher und selbstbestimmt in der Heimatgemeinde verbringen zu können. Strukturell sollen sie an den Caritas Stützpunkt "In der Heimat wohnen" angebunden werden. Das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium hat dazu für die Zeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2021 eine Zuwendung von bis zu 161.290 Euro inklusive der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts bewilligt.

Huml hob hervor: "Im Oberen Frankenwald sollen die Gemeindeschwestern als Netzwerkmanagerinnen und Helferinnen tätig werden, damit Senioren kulturelle oder auch medizinische Einrichtungen besser kennenlernen und auch erreichen



können. Sie sollen – unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements – Senioren, Pflegebedürftige und deren Angehörige beraten und den älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen."

Das Projekt "Gemeindeschwester Oberer Frankenwald - gemeindenahe Unterstützung und Betreuung" wird getragen vom Kreisverband Kronach des Bayerischen Roten Kreuzes. Ziel des Projektes ist es, ein tragfähiges Konzept zur Koordination und Vernetzung von sozialen und pflegerischen Strukturen zu etablieren. Das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium hat dazu für die Zeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2021 eine Zuwendung von bis zu 274.594 Euro inklusive der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts bewilligt.

Huml ergänzte: "Die Fäden der pflegerischen Versorgung laufen in den Kommunen zusammen. Daher soll im Laufe des Jahres 2020 eine landesweite Koordinationsstelle eingerichtet werden, die Kommunen bei der Verbesserung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort unterstützt. Darüber hinaus wollen wir die Pflegeberatung vor Ort verbessern, indem wir den Kommunen ein Initiativrecht zur Einrichtung von Pflegestützpunkten einräumen. Denn die besten und vor allem passendsten Lösungen lassen sich direkt vor Ort finden."

Die Ministerin unterstrich: "Durch das bis Ende 2021 befristete Initiativrecht werden Bezirke, Landkreise und kreisfreie Städte von den Pflege- und Krankenkassen verlangen können, dass eine Vereinbarung zur Errichtung eines Pflegestützpunktes getroffen wird. Neu ist, dass die Kommunen nicht auf entsprechende Planungen der Kassen angewiesen sind. Allerdings müssen die Kommunen von ihrem Recht aktiv Gebrauch machen."

Huml betonte: "Zusätzlich werden wir den Aufbau von neuen Pflegestützpunkten sowie die verstärkte Vernetzung und den Wissenstransfer aller Pflegestützpunkte auch finanziell fördern. Hierfür stehen einmalig Haushaltsmittel in Höhe von 900.000 Euro zur Verfügung."

Die Ministerin fügte hinzu: "Klar ist: Die bundesrechtlichen Vorgaben und die flankierenden Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung können nur den Rahmen bilden. Es kommt darauf an, dass die Akteure vor Ort die Initiative ergreifen, die neuen Instrumente aktiv nutzen sowie die Vernetzung mit den bereits vorhandenen Beratungsstrukturen in der Pflege - insbesondere den gut etablierten Fachstellen für pflegende Angehörige - weiter ausbauen und maßgeschneiderte Lösungen erarbeiten. Dabei müssen alle Betroffenen einschließlich der professionellen und ehrenamtlichen Pflegekräfte eingebunden werden, über die Sektorengrenzen hinweg."